

aktuell



Transparenzpaket
Regierung
bringt Licht ins
Lobbyisten-Dunkel

Die SPÖ-geführte Regierung hat einen Meilenstein in Sachen Transparenz beschlossen. Mit dem Medientransparenz- und dem Lobbyisten-Gesetz ist bereits die Hälfte des Transparenzpakets 2011 am Weg. Mit dem vorliegenden sehr umfassenden Entwurf sollen öffentliche Inserate und Lobbying ab kommendem Jahr detailreich überprüft werden. Der parlamentarische Beschluss der beiden Punkte sowie der noch ausstehenden des Transparenzpakets 2011 – die Transparenz der Parteipenden und der Abgeordneten-einkünfte – soll im Herbst erfolgen. „SPÖ Aktuell“ bringt ein Interview über das Medien-transparenz-Gesetz mit Staatssekretär Josef Ostermayer.

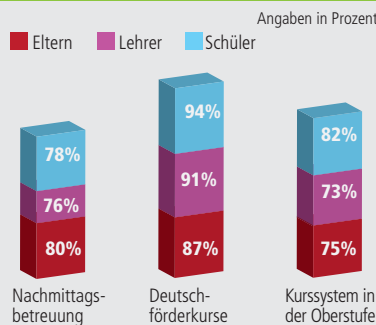
Kern der Oberstufenreform, die zuerst von Bildungsministerin Claudia Schmied mit dem ÖVP-Bildungssprecher ausverhandelt und dann vom ÖVP-Obmann in Frage gestellt wurde, ist das Kurssystem. Mit diesem Prinzip, das seit Jahren als Schulversuch erprobt ist, wird Leistung einerseits und Förderung andererseits deutlich stärker als bisher betont. „SPÖ Aktuell“ erläutert die Vorteile der Oberstufe NEU.

Eure Redaktion



In einem Gastkommentar stellt die neue ARBÖ-Generalsekretärin Lydia Ninz die Mobilitäts-Herausforderungen der Zukunft dar. Es gilt, öffentliche Verkehrsmittel und das Radfahren attraktiver zu machen, trotzdem aber die Spritpreise nicht zu erhöhen. Seite 14

Zustimmung zu Schulreformen



Quelle: APA, Ifes, Grafik: SPÖ

Große Zustimmung zu Schulreformen

Eltern, Lehrer und Schüler sind sich einig: Unser Schulsystem bedarf einer Reform. Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung, Deutschförderkurse und das Kurssystem in der Oberstufe – das sind die drei Punkte, die den Betroffenen besonders am Herzen liegen. Mehr dazu ab Seite 6. ♦



Wiener Kinderfreunde

Seit 2008 wurden österreichweit mehr als 24.000 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen.

90 Prozent Betreuungsquote erreicht

Mit 90 Prozent Betreuungsquote für Drei- bis Sechsjährige hat Österreich das Barcelona-Ziel erreicht. Bei den Unter-Dreijährigen konnte die Betreuungsquote auf 17,1 Prozent verdoppelt werden. „Ein großer Erfolg“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu den aktuellen Zahlen der Statistik Austria. ♦



DeSt

„Effiziente Verwaltung ist ein laufender Prozess mit laufenden Projekten“, so Andreas Schieder.

Verwaltungsreform in voller Umsetzung

„Besser machen, statt schlechtreden“, so lautet das Motto der Verwaltungsreform. In den Bereichen Pflege, Gesundheit, Verwaltungsgerichtsbarkeit genauso wie in der Bildung, im Hochschulwesen und bei der Deregulierung bewegt sich Einiges. „Eine Fülle von Projekten ist in Umsetzung. In Sachen Verwaltungsreform tut sich in Österreich sehr viel“, betonte Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Vor allem in den Bereichen Pflege, Gesundheit und dem Bundesamt für Asyl und Migration ist viel passiert. Der Pflegefonds sichert in Zukunft die Pflegefinanzierung. Außerdem wurden die Pflegegeld-Auszahlungsstellen auf acht Bundesträger reduziert. Verbesserte Rahmenbedingungen für die Spitalsfinanzierung und die Gesundheitsziele sind Projekte, die bis 2012 abgeschlossen sein werden. Das Bundesamt für Asyl und Migration wird noch im heurigen Winter auf Schiene gebracht. ♦

Zitat der Woche

„Sitzenbleiben ist volkswirtschaftlicher und bildungspolitischer Unsinn. Das weiß ich deshalb, weil ich es selber gemacht habe.“

Christian Oxonitsch, Wiener Bildungsstadtrat

Arbeitsmarkt

Ostöffnung brachte nur moderate Zuwanderung

Die von der FPÖ angekündigte „Überschwemmung“ mit Arbeitern aus dem Osten blieb aus. Lediglich 8.700 neue Arbeitskräfte kamen seit 1. Mai nach Österreich.

Ja, es sind Menschen nach Österreich gekommen, aber nicht wie von bestimmten politischen Mitbewerbern behauptet eine Million Menschen am 1. Mai“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Seit 1. Mai sind etwa 8.700 neue Arbeitskräfte nach Österreich gekommen, gleichzeitig

sanken aber auch die Arbeitslosenzahlen im Mai um 30.000. Die von der FPÖ verbreitete Panik war also völlig aus der Luft gegriffen. Österreich wurde und wird nicht von Billigarbeitskräften überrannt werden, dafür sorgte die Regierung mit dem Anti-Sozialdumping-Gesetz. ♦

Der befürchtete Ansturm von Arbeitern aus dem Osten blieb aus – die FPÖ verbreitete wieder einmal nur heiße Luft.



Bildbox



Aufs Gefühl setzen

Österreich hat die niedrigste Arbeitslosigkeit und das beste Gesundheitssystem in der EU. Die Wirtschaftsdaten sind gut – die Stimmung im Land ist dennoch schlecht. Wir müssen das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.



Würden wir Griechenland nicht helfen, würde letztlich auch der heimische Arbeitsmarkt leiden.

picturedesk

„Die Menschen spüren, dass es gerechter zugehen muss. Dass es Profiteure und Verlierer gibt in diesem System.“

Während viele Staaten der EU mit massiven Problemen kämpfen, steht Österreich in fast allen Kernbereichen gut da. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen Europas und unsere Wirtschaft hat sich nach der Krise schnell erholt. Während andere europäische Länder von massiven Sparmaßnahmen und Protesten betroffen sind, können wir uns in Österreich darauf konzentrieren, konkrete Projekte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Soziales, leistungsfähiger Staat, Sicherheit, Familie, Energie und Umwelt umzusetzen.

Das tut die Regierung auch, nach der Regierungsklausur am Semmering in noch höherem Tempo. Diese Woche einigte man sich im Ministerrat auf ein umfangreiches Paket für mehr Transparenz, und auch in vielen anderen Bereichen gehen die Verhandlungen zügig voran. Man kann sagen: Österreich steht gut da, die Wirtschaft floriert, die Regierung arbeitet an den notwendigen Reformen, wir könnten ganz zufrieden sein. Österreich ist gut durch die Krise gekommen und steht heute besser da als die meisten anderen Länder. Trotzdem ist die Stimmung schlecht.

Perspektivenwechsel: Vor zwei Jahren, mitten in der Finanzkrise, musste der Staat das marode Finanzsystem am Leben halten. Die Steuerzahler mussten den Banken helfen, es flossen Milliardenbeträge zu deren Rettung. Was geschah nach der Krise? Die Gewinne der Banken steigen wieder, ebenso die Gehälter der Bank-Manager.

Heute geht es um die Finanzhilfe für Griechenland. Natürlich ist es aus österreichischer Sicht wichtig, dass wir das Land nicht untergehen lassen, allein schon um die heimische Volkswirtschaft und die gemeinsame Währung zu schützen.

Würden wir Griechenland nicht helfen, würde letztlich auch der heimische Arbeitsmarkt leiden. Wir sind ein exportorientiertes Land, eine halbe Million Arbeitsplätze hängen an der Exportwirtschaft in der Euro-Zone. Die Hilfe ist also nicht ganz uneigennützig.

Die Wahrheit ist: Zur Rettung Griechenlands gibt es keine Alternative. Bei jedem alternativen Szenario würde es teurer für Österreich und Österreichs Wirtschaft. Ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone würde dazu führen, dass die Rating-Agenturen beginnen, auf die nächsten Länder

loszugehen – und sie wie Griechenland an den Rande des Abgrunds stürzen. Denn „praktischerweise“ besitzen die drei größten Rating-Agenturen zum Teil auch Medienkonzerne, die bei ihrem perfiden Spiel mithelfen. Aber so wie Griechenland seine Aufgaben zu erledigen hat, können sich die Banken auch hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie haben von den Krediten an Griechenland profitiert und laufen jetzt Gefahr, diese nicht mehr bedecken zu können.

Die Bevölkerung weiß das alles, spürt es zumindest instinktiv und ist zurecht wütend darüber. Natürlich nicht auf die ungreifbaren, "unsichtbaren" Rating-Agenturen. Aber die Menschen spüren, dass es gerechter zugehen muss. Dass es Profiteure und Verlierer gibt in diesem System. Deshalb müssen diese Menschen jetzt spüren, dass es die SPÖ gibt. Eine SPÖ, die für Gerechtigkeit kämpft, während es auf der anderen Seite jene gibt, die nur ablenken.

Nur wenn wir den Bauch und das Herz der Menschen zurückerobern, wenn wir aufs Gefühl setzen, haben wir auch gemeinsam die Kraft, gegen die Finanzmarktlobbyisten aufzutreten. Wir müssen auf die Straße gehen und den Menschen sagen, dass wir nur gemeinsam auf- und antreten können. Und das jene Kräfte, die für Gerechtigkeit kämpfen, sich nicht spalten lassen dürfen – schon gar nicht von Marktschreibern. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



TRANSPARENZPAKET

Kampf gegen den

Die SPÖ-geführte Regierung hat die Weichen für den Kampf gegen Korruption und für mehr Transparenz gestellt. Im Ministerrat einigte man sich auf ein neues Medientransparenzgesetz und ein Lobbyisten- und Interessensvertretungsgesetz.

Das Transparenzpaket wird vier Teilbereiche umfassen: Medientransparenz, Lobbyisten und Interessensvertreter, Einkünfte der Mandatare und Parteispenden. Alle diese Bereiche sollen stärkerer Kontrolle unterliegen. Zwei wichtige Schritte wurden nun gesetzt: Maßnahmen zur Medientransparenz und zur Kontrolle von Lobbyisten wurden von der Regierung vereinbart. Bundeskanzler Werner Faymann betont im Hinblick auf vergangene Skandale den Stellenwert dieses Schrittes: „Das ist wichtig, weil wir gegen jede Art von Bestechlichkeit, gegen jede Art von Grauzone im Lobbyingbereich und im Zusammenhang mit all den Vorkommnissen, die in der Vergangenheit bekannt ge-



HBF

HINTERGRUND

Das Transparenzpaket im Überblick

Lobbying:

Lobbyisten müssen sich künftig mit detaillierten Angaben zu ihrer Tätigkeit in ein Register eintragen, sonst drohen Strafen:

- » 10.000 Euro bei Nichteintragung, 30.000 im Wiederholungsfall
- » 20.000 Euro bei weiterer Tätigkeit nach der Streichung aus dem Register, 60.000 im Wiederholungsfall
- » Bei Verstoß gegen die Regeln droht eine Sperre für Lobbyingtätigkeit für drei Jahre

Medientransparenz:

Öffentliche Inserate und Werbeausgaben werden künftig transparent gestaltet und sind öffentlich einsehbar. Betroffen sind:

- » Ministerien, Länder, große Gemeinden, öffentliche Unternehmen und Kammern müssen zukünftig ihre Werbeausgaben offenlegen
- » Die Meldepflicht umfasst: Zeitungen, periodische Zeitschriften sowie alle Beilagen, Radio, Fernsehen, Webseiten, Aufrufdienste

Bundeskanzler Werner Faymann präsentierte das Transparenzpaket nach dem Ministerrat. Das gesamte Paket soll im Herbst im Parlament beschlossen werden.

worden sind, eine Verpflichtung haben, in Zukunft den Scheinwerfer zu verstärken.“ Gerade im Lobbyingbereich gaben mehrere Fälle im EU-Parlament Anlass zum Handeln (siehe Kasten).

Maßnahmen gegen Lobbyisten

Mit dem Lobbyisten- und Interessensvertretungsgesetz soll das zukünftig nicht mehr so leicht möglich sein. Die Tätigkeiten der Lobbyisten werden durchleuchtet und für die Öffentlichkeit einsehbar gemacht. Dabei geht es darum, schwarze Schafe auszusortieren, nicht reguläre Interessensvertreter bei der Arbeit zu behindern. Ziel ist es, eine Situation zu schaffen, in der „niemand etwas zu verheimlichen hat“, sagte Faymann. Das Gesetz schützt diejenigen, die guten Gewissens als Interessensvertreter tätig sind und bestraft Machenschaften im Hinterzimmer. Gewerkschaften oder NGOs können nach wie vor ihrer Tätigkeit nachgehen und für ihre Anliegen eintreten. Nur wird diese Tätigkeit

künftig transparent stattfinden, um etwa Einflussnahme von Großkonzernen sichtbar zu machen. Es soll erkennbar werden, wer für wen tätig ist.

Lobbyisten werden zu diesem Zweck in vier Kategorien eingeteilt: Lobbyingunternehmen, Wirtschaftsunternehmen, Interessensvertretungen und Kammern, sowie Abgeordnete. Mit dieser Aufteilung soll die spezielle Art von Lobbying, die finanzielle Interessen betrifft, bekämpft werden und etwa der legitime Kampf um Arbeitnehmerinteressen der Gewerkschaften und Kammern weiterermöglicht werden. Für Institutionen wie die Arbeiterkammer, deren Aufgabe ja die Interessensvertretung ist, gelten weniger strenge Regeln als für Lobbying- oder Wirtschaftsunternehmen.

Doch wie sehen diese Regeln aus? Lobbyisten müssen sich zukünftig in ein Register eintragen, das öffentlich zugänglich sein wird. Dieses Register beinhaltet Informationen über die Firmen oder Institutionen, die Lobbying betreiben, als auch über die Lobbyisten selbst. Auch detaillierte Da-

Lobbyismus

ZUM THEMA

Lobbying im Zwielficht:

Ernst Strasser: Der prominenteste Lobbying-Fall der letzten Jahre war Ernst Strasser. Die britische Zeitung „The Sunday Times“ veröffentlichte ein Video, auf dem er seinen politischen Einfluss auf die Gesetzgebung für 100.000 Euro anbot.

Paul Rübiger: In den letzten Tagen wurden auch Vorwürfe gegen einen weiteren EU-Mandatar der ÖVP laut. Er soll enge Verbindungen zu Ölkonzernen haben und bezog in Gesetzesfragen wiederholt Stellung für die Energiewirtschaft.

Othmar Karas: An der Privatadresse des ÖVP-EU-Mandatars war ein Schild der Lobbyingfirma „EU Triconsult“ angebracht. Die Firma gehört dem nachgerückten ÖVP-Mandatar Hubert Pirker.

ten über die Aufträge der Lobbyisten werden gesammelt. Die Definition ist dabei weit gefasst und deckt somit alle Möglichkeiten ab: Als Lobbyisten werden all jene verstanden, die Tätigkeiten ausüben, mit denen Entscheidungsprozesse von Funktionsträgern der öffentlichen Hand beeinflusst werden sollen. Als Lobbying gelten alle Aktivitäten, die das Ziel der direkten Einflussnahme auf einen Entscheidungsprozess der österreichischen Gesetzgebung und Verwaltung haben.

Zusätzlich zum Lobbyinggesetz sind Verschärfungen im Strafrecht geplant. So soll es in Zukunft dezidiert strafbar sein, wenn von einem Abgeordneten ein Gesetzesvorschlag oder eine parlamentarische Anfrage gegen Bezahlung eingebracht wird. SPÖ-Klubobmann Josef Cap wird den Oppositionsparteien zudem weitere Vorschläge übermitteln. Diese sollen die Meldepflicht über berufliche Tätigkeiten und Bezüge von Abgeordneten enthalten. Auch Immunitätsregelungen sollen modernisiert werden.

Maßnahmen für Medientransparenz

Der zweite große Bereich ist das Medientransparenzgesetz. Es stellt sicher, dass in

INTERVIEW

„Wichtige Eckpfeiler des Transparenz-Pakets“

Für die Bundesregierung hat Medienstaatssekretär Josef Ostermayer das Medientransparenzgesetz verhandelt. „SPÖ Aktuell“ sprach mit ihm über die Details.



Zinner

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer arbeitete das Medientransparenzgesetz aus.

„SPÖ Aktuell“: Was wird von dem neuen Gesetz erfasst sein?

Josef Ostermayer: Das Medientransparenzgesetz und das ebenfalls im Ministerrat beschlossene Lobbying- und Interessensvertretungs-Gesetz sind wichtige Eckpfeiler des Transparenz-Pakets. Was das

Medientransparenzgesetz betrifft, so freue ich mich, dass alle vom Rechnungshof geprüften Einrichtungen im Gesetz berücksichtigt wurden. Denn nur wenn alle erfasst sind, ist Transparenz gewährleistet.

Das heißt...?

Ostermayer: Die Ausgaben für Informationsstätigkeiten der öffentlichen Hand, also aller vom Rechnungshof geprüften Gebietskörperschaften wie etwa Ministerien, Länder, Unternehmen der öffentlichen Hand sowie Kammern sollen transparent und nachvollziehbar werden. Das war das Ziel und das ist uns gelungen. Insgesamt geht es um rund 4.600 Rechtsträger, davon rund 1.500 Unternehmen.

Was muss gemeldet werden?

Ostermayer: Konkret von der Meldepflicht erfasst sind Zeitungen, periodische Zeitschriften sowie Beilagen, weiters Radio, Fernsehen, Websites und Abrufdienste. Gemeldet werden müssen Medienkooperationen, Werbeaufträge, Inserate, aber auch alle Förderungen an Medieninhaber. ♦

Zukunft Inserate und Werbeausgaben aus öffentlicher Hand deklariert werden müssen. Dadurch soll der unabhängige Journalismus gestärkt werden und Transparenz für die Bürger geschaffen werden. Halbjährlich müssen Inserate, Werbeaufträge, Medienkooperationen und alle Förderungen an Medieninhaber an die unabhängige Medienbehörde KommAustria gemeldet werden. Wenn dieser Meldung nicht nachgekommen wird, gibt es eine vierwöchige Mahnfrist und danach Verwaltungsstrafen von 20.000 bis 60.000 Euro. Die Richtigkeit der Meldungen wird vom Rechnungshof kontrolliert. Für

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer, der wesentlich an der Ausarbeitung des Gesetzes beteiligt war, ist klar: „Das neue Gesetz stellt einen Meilenstein in Sachen Transparenz dar.“ Das Gesetz soll am 1. Jänner 2012 in Kraft treten und sieht eine erstmalige Meldung im Juli 2012 vor. ♦

WEBTIPP

Brachte den Stein ins Rollen:
Das Sunday Times-Gespräch mit Strasser:
<http://bit.ly/ISTWYh>

BILDUNG

Neue Oberstufe: Mehr Le

Mit der Reform der Oberstufe legt die Bundesregierung einen schulpolitischen Meilenstein vor. „SPÖ Aktuell“ zeigt, wie die neue Oberstufe funktioniert – wie Schülerinnen und Schüler gefördert und wie sie gefordert werden.



Fotolia

Mit der neuen Oberstufe zum Erfolg: Bildungsministerin Claudia Schmied setzt bei der Reform der Oberstufe auf beste individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler.

Unter dem Titel „Oberstufe Neu“ (Kurssystem) hat Bildungsministerin Claudia Schmied gemeinsam mit ÖVP-Bildungssprecher Amon und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer eine Novelle zur Neugestaltung der Oberstufe erarbeitet. Nach ÖVP-internen Querelen rund um die Frage des Klassenaufstiegs hat Bundeskanzler Werner Faymann klargestellt: Die Novelle geht unverändert in Begutachtung. Über den Sommer werden Stellungnahmen und Verbesserungsvorschläge analysiert. Im Herbst beginnt die parlamentarische Behandlung. Und das ist auch gut so. Denn die „Oberstufe NEU“ ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Bildungsreform, die Österreich weiter nach vorne bringt.

Durchwegs positive Erfahrungen

Die Modulare Oberstufe ist als Schulversuch bereits seit Jahren Realität. An rund 30 Schulen wird das neue Oberstufen-Modell getestet – und das mit Erfolg und durchwegs positiven Erfahrungen. So konnte das teure und pädagogisch nicht sinnvolle Sitzenbleiben um mehr als die Hälfte reduziert werden. In den AHS-Oberstufen ist die Zahl der Klassenwiederholungen deutlich zurückgegangen: Je nach Standort ist die Zahl der Repetenten um über 50 Prozent gesunken. Möglich wird das durch zwei Faktoren, die bei der neuen Oberstufe im Vordergrund stehen. Zum einen ist das die Betonung des Leistungsprinzips: Die Schülerinnen und Schüler müssen kontinuierlich Leistung erbringen.

Von Geschenken an die Schüler kann keine Rede sein – im Gegenteil: Die Schüler müssen im Vergleich zum jetzigen System sogar mehr Prüfungen ablegen. Negativ abgeschlossener Lehrstoff muss nachgeholt werden. Wer zur Matura antreten will, muss alle Module positiv abgeschlossen haben. Zugleich wird die individuelle Förderung massiv ausgebaut. Gefährdeten Schülern wird zusätzlich ein Lernbegleiter an die Seite gestellt. Bildungsministerin Claudia Schmied ist überzeugt: Das Projekt ist so gut, dass es sich durchsetzen wird.

Fakten zur Reform der Oberstufe

Die geplanten Neuerungen betreffen nur Schülerinnen und Schüler der AHS-Oberstufe und der berufsbildenden mittleren

Leistung, mehr Förderung

und höheren Schulen (z.B. HAK und HTL). Beginnend mit dem Schuljahr 2012/13 soll die schrittweise Umstellung auf das Kurs-system (Module) erfolgen. Bis 2016 sollen dann alle Standorte umgewandelt sein. In der Oberstufe wird es künftig ein Semester-Kurssystem geben. Der Unterrichtsstoff wird pro Semester in jedem Fach in mindestens zwei Module (z.B. Mathematik I und Mathematik II) unterteilt. Die Beurteilung erfolgt semesterweise. Für den Fall, dass in einem der Module ein „Nicht Genügend“ droht, wird der Schüler per Frühwarnsystem informiert. Gleichzeitig gibt es ein Angebot umfassender Fördermaßnahmen inklusive eines Lernbegleiters. Ist ein Schüler trotzdem in einem Gegenstand negativ, kann er sich in maximal drei Fächern verbessern – und das bis zum Ende des folgenden Semesters. Vorteil dabei: Der Schüler bleibt im Klassenverband – was sozial äußerst wichtig ist – und es muss nicht mehr der Stoff eines ganzen Jahres nachgeholt werden, sondern nur mehr das negativ absolvierte Modul. Positive Leistungen bleiben erhalten. Die neue Oberstufe endet mit der Matura, die die Universitätsreife gewährleistet.

Viele Vorteile

Die Einführung des modularen Kurssystems mit Förderkursen und individuellen Lernbegleitern bietet eine Fülle von Vorteilen. So ermöglicht die neue Oberstufe den Schülern das Setzen individueller Schwerpunkte. Das führt zu mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit und steigert auch die Leistungsbereitschaft unserer

Schüler. Das Leistungsprinzip wird klar gestärkt: Denn im Unterschied zum jetzigen System muss jeder Schüler künftig kontinuierlich Leistungen erbringen. Begabte Schülerinnen und Schüler können Module vorziehen und damit schneller zur Matura kommen. Schüler mit Problemen werden individuell gefördert – und das gleich doppelt. Nämlich durch Förderunterricht in den betroffenen Fächern und durch einen Lernbegleiter, der hilft, individuelle Konzepte zum Nachholen des Stoffes zu erstellen. Die Schulversuche belegen den Erfolg dieser Maßnahme: Durch das Coaching werden bis zu 80 Prozent der negativen Leistungen noch im laufenden Schuljahr ausgebessert. Das alles führt zu kurzen und effizienten Bildungswegen und zu höheren Abschlussquoten.

Höchst wirksam im Kampf gegen teure Nachhilfe

Außerdem wird – so wie im Regierungsprogramm vorgesehen – die Zahl der Klassenwiederholungen deutlich gesenkt. Als besonders wirksam erweist sich das Kurssystem auch im Kampf gegen die teure Nachhilfe. Unglaubliche 127 Millionen Euro mussten die Eltern allein heuer laut einer aktuellen Studie der Arbeiterkammer für private Nachhilfe aufbringen. Die neue Oberstufe mit verstärkten Förderkursen an der Schule wird dafür sorgen, dass solche Horrorzahlen endgültig der Vergangenheit angehören und Eltern finanziell entlastet werden. Dass das Kurssystem in der Oberstufe angesichts dieser vielen Vorteile auf breite Zustimmung in der Bevölkerung

INFO

Volle Unterstützung für die Neugestaltung der Oberstufe gibt es aus den Ländern. Hier eine kleine Auswahl:

„Schüler, die wegen zwei oder drei Fünfern die Klasse wiederholen müssen, werden dadurch aus der Klassengemeinschaft gerissen, was in Frustration und Langeweile mündet.“

Salzburgs Landeshauptfrau **Gabi Burgstaller**

„Es ist pädagogisch und volkswirtschaftlich unsinnig, wenn Schüler wegen einzelner schlechter Schulnoten die gesamte Schulstufe wiederholen müssen.“

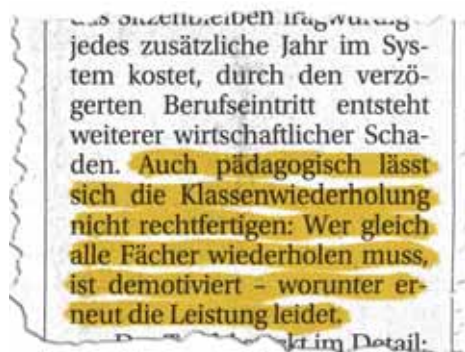
Burgenlands Landeshauptmann **Hans Niessl**

„Ich halte das Sitzenbleiben für volkswirtschaftlich, aber auch pädagogisch für völlig verfehlt.“

Wiens Bildungsstadtrat **Christian Oxonitsch**

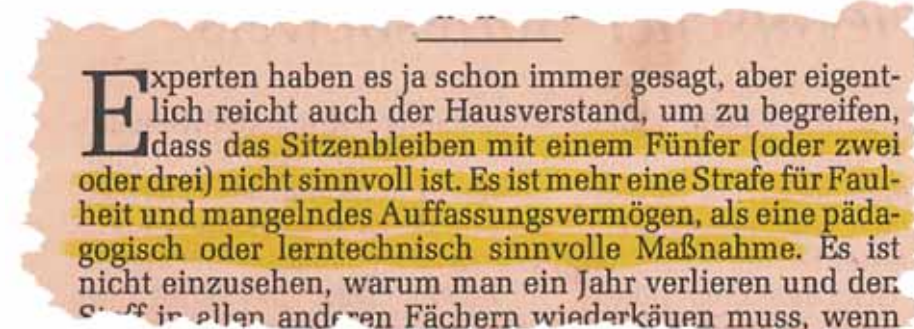
stößt, zeigt eine jüngst durchgeführte IFES-Umfrage. Über zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) befürworten die Neugestaltung der Oberstufe (siehe unsere Grafik auf Seite 2). Es wird daher Zeit, dass wir die Schulversuche zur Modularen Oberstufe „in Serie bringen“, wie Bildungsministerin Schmied beim Besuch eines Wiener Gymnasiums betonte. In diesem Gymnasium ist so wie in rund 30 anderen Schulen bereits Realität, was sich Ministerin Schmied für alle Oberstufen wünscht: eine innovative und leistungsfördernde Lehr- und Lernkultur. ♦

Die Presse vom 15. 6. 2011



„Nicht sinnvoll“ und „fragwürdig“ – in den Medien wird das Sitzenbleiben äußerst kritisch gesehen.

DER STANDARD vom 21. 6. 2011



GRIECHENLAND

Athen am Zug

Bevor Griechenland auf die notwendige weitere Finanzhilfe hoffen kann, muss das griechische Parlament ein gewaltiges Sparprogramm billigen. Bis Mitte Juli brauchen die Griechen neues EU-Geld.

Die entscheidende Abstimmung im Parlament in Athen ist für Ende Juni geplant: Nachdem Ministerpräsident Giorgos Papandreou die wichtige Vertrauensfrage dieser Tage im Parlament gewonnen hat, müssen die Abgeordneten bis Monatsende einem 78 Mrd. schweren Sparpaket zustimmen. Die Maßnahmen sind notwendig, um eine neue Rate an internationalen Krediten zu erhalten, aber auch, um die griechische Wirt-



picturedesk

rio, das laut Finanzexperten dramatische Folgen auf den Finanzsektor in Europa und damit auf die gesamte europäische Wirtschaft hätte.

Private beteiligen

Lauter wird der Ruf bei den EU-Mitgliedstaaten nach einer Beteiligung privater Gläubiger Griechenlands (z.B. Banken) an den Hilfsmaßnahmen. Zusammen mit Deutschland ist Österreich mit Bundeskanzler Faymann der stärkste Befürworter dieser Betei-

ligung. So könnten die Banken nach Vorbild der „Wiener Initiative“ abgelaufene Anleihen freiwillig in neue Staatsanleihen umtauschen. Das würde de facto einen Zahlungsaufschub für Griechenland bedeuten. Mit der „Wiener Initiative“ hatten westliche Gläubigerbanken 2009 am Höhepunkt der Finanzkrise schwächelnde Staaten in Osteuropa stabilisiert. ♦

ZUM THEMA

Umfrage:
Griechenland-Hilfe notwendig

Eine Mehrheit der Österreicher (60 Prozent) sieht laut einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik die Hilfe für Griechenland als notwendig an. 58 Prozent davon begründen das damit, dass die Folgen einer Pleite Griechenlands noch viel schlimmer wären.

Entscheidende Tage für Griechenland:
Das „Ja“ des griechischen Parlaments zu Sparprogrammen ist Voraussetzung für neue EU-Hilfe.

schaft und die Staatsfinanzen zu stabilisieren.

„Ohne Erfüllung der Bedingungen wird Griechenland keine weitere Hilfstranche erhalten“, machte auch Bundeskanzler Werner Faymann klar. Zwölf Mrd. Euro soll Griechenland bekommen, um seine Schulden zu bedienen. Kommt kein Geld, wäre Griechenland Mitte Juli pleite – ein Szena-

SOZIALES

„Heast Oida!“

Soziale Ungerechtigkeit war das Thema beim Generationen-Dialog mit der Sozialistischen Jugend und dem Pensionistenverband.

PVÖ



Gemeinsam gegen soziale Ungerechtigkeiten – Tina Tauß, Karl Blecha und Wolfgang Moitzi wehren sich.

gen miteinbezogen werden. Besonders die Spekulanten sollen in die Pflicht genommen werden. „Sie treiben Preise in die Höhe, das führt zu Teuerung, Armut und Hunger. Sie fahren zwar sehr hohe Gewinne ein, zahlen jedoch nichts in die Sozialtöpfe ein. Das muss sich radikal ändern, ein Weg dazu ist die internationale Transaktionssteuer“, sind sich Blecha und Moitzi einig. ♦

PVÖ-Präsident Karl Blecha und SJ-Chef Wolfgang Moitzi waren sich beim Generationen-Dialog im Grazer Kulturcafé einig: „Die Sozialsysteme müssen langfristig finanziell abgesichert werden. Das geht in einer globalisierten Wirtschaft aber nicht mehr über den Faktor Arbeit“, so Blecha und Moitzi. Die gesamte Wertschöpfung muss in die Überlegun-

GRAZ-UMGEBUNG

Heinisch-Hosek via Live-Schaltung bei Bezirkskonferenz

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter wurde mit 96 Prozent der Stimmen als Bezirksvorsitzender der SPÖ Graz-Umgebung bestätigt.

In seinem Grundsatzreferat bei der Bezirkskonferenz attackierte Kräuter FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache scharf. Die Bevölkerung müsse vor den einfältigen und dreisten Strache-Sprüchen gewarnt werden. Die SPÖ-Bezirkskonferenz fand im Cineplexx-Kino im Süden von Graz statt, via Liveschaltung vom

SPÖ



Heinisch-Hosek nimmt via Liveschaltung bei der Bezirkskonferenz teil.

Cisco-Studio im Millennium Tower in Wien wurde mit Gastreferentin Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek diskutiert. Kräuter: „Ein überaus gelungenes technisches Pilotprojekt der SPÖ. Die Bezirksorganisation Graz-Umgebung entwickelt zur Zeit ein Kommunikationskonzept modernster Prägung.“ ♦

Sport

Laufen in Wien

Für Bewegungsfreudige, die es im Sommer ins Freie hinauszieht, ist der neue Lauf-Guide für Wien genau das Richtige.

Von der Prater Hauptallee bis zum Lainzer Tiergarten – das neue Laufbuch von Lothar Laaber stellt 61 bekannte und neue Lauf Routen vor. Der Begleiter im Hosentaschenformat ist ein Muss für alle Laufbegeisterten. Der Guide bietet übersichtliches Kartenmaterial, Fotos und ein praktisches Streckenverzeichnis. Neben den sehr verständlich skizzierten klassischen Routen in Wien und Umgebung verrät der Autor auch viele persönliche Geheimtipps wie die „Vöslauer-Runde“ in Nussdorf oder die „Große

Reibn“, eine anspruchsvolle Runde von Kalksburg über die Perchtoldsdorfer Heide und Kaltenleutgeben. Als Hilfe zur Trainingsplanung sind in den Plänen sogar Trinkwasserstellen gekennzeichnet. Beschreibungen von Streckenlängen, die von moderaten zwei bis schweißtreibende 29 Kilometer reichen und Schwierigkeitsgrad fehlen natürlich auch nicht. Lothar Laaber weiß, wovon er schreibt: Er ist passionierter Hobbyläufer und hat bereits über 70 Marathons absolviert. ♦

Biografie

Thomas Mann, der Amerikaner

14 Jahre lebte Thomas Mann in den USA. Vaget rückt diese Zeit in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen über den berühmten Autor.

Die Jahre in Amerika bilden eine dramatische Periode im Leben Thomas Manns. Sie waren dem Kampf gegen Hitler und dem Nachdenken über Deutschland gewidmet. „Mein Deutschtum ist in dem kosmopolitischen Universum, das Amerika heisst, am richtigsten untergebracht“, beschreibt Mann die Beziehung zwischen seiner alten und seiner neuen Heimat. Mann wurde US-Bürger und blieb gleichzeitig einer der angesehensten Repräsentanten deutscher Kultur. In seiner facettenreichen

Studie erhebt der Germanistik-Professor Hans Rudolf Vaget das politische und kulturelle Umfeld dieser Jahre. Zwei längere Kapitel stellen das Verhältnis zu Thomas Manns wichtigsten Bezugspersonen dar: Präsident Roosevelt und Agnes Meyer, seine Gönnerin. Weitere Kapitel befassen sich mit verschiedenen Aspekten des literarischen und politischen Kontexts. Abschließend wird Thomas Manns Rolle in der deutschen „Vergangenheitspolitik“ neu zur Diskussion gestellt. ♦

Sachbuch

Unser Jahrhundert

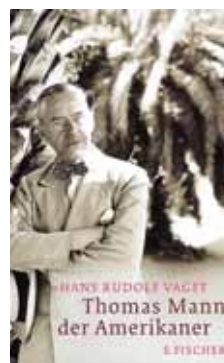
Zwei kluge Männer, Deutschlands Altkanzler Helmut Schmidt und der Historiker Fritz Stern, streifen geistreich und pointiert durchs 20. Jahrhundert.

„Fangen Sie an, Fritz“ – mit diesen Worten beginnt ein Gespräch unter Freunden. Helmut Schmidt und Fritz Stern, Sohn einer deutsch-jüdischen Emigrantenfamilie und führender US-Historiker, kennen sich seit Jahren und haben sich zusammengesetzt, um über Themen zu sprechen, die ihnen am Herzen liegen. Das Spektrum reicht von Bismarck bis Israel, vom Zweiten Weltkrieg bis zum Aufstieg Chinas. Anekdoten kommen ebenso wenig zu kurz wie ein

Rückblick auf die Ära Bush, Lehren aus der Finanzkrise oder eine kritische Auseinandersetzung mit den überhöhten Boni für Banker. Aus den Gesprächen ist ein anregendes und kurzweiliges Buch entstanden – ein Buch, das nicht weniger liefert als die Bilanz eines bewegten Jahrhunderts. Das deutsche Wochenmagazin „Stern“ lobte den Gesprächsband „Unser Jahrhundert“ zu Recht als „spannender und kurzweiliger als jedes Geschichtsbuch“. ♦

☐ Stk.


Lothar Laaber:
Laufen in Wien.
Verlag Perlen-Reihe,
Wien 2011;
120 S., 14,95 €

☐ Stk.


Hans Rudolf Vaget:
Thomas Mann, der Amerikaner.
S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2011;
592 S., 25,70 €

☐ Stk.


Helmut Schmidt/Fritz Stern:
Unser Jahrhundert. Ein Gespräch.
Panthleon Verlag,
München 2011;
286 S., 15,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

JUGENDBERICHT

Grundlage für eine verantwortungsvolle Jugendpolitik

Die im Jugendbericht vorgestellten Themenbereiche von Bildung bis Familie zeichnen das Bild einer Jugend, die einer verantwortungsvollen Politik bedarf.

Der im Familienausschuss behandelte Jugendbericht zeigt viele Problemfelder auf: die zunehmende Verschuldung junger Menschen, Probleme beim Übergang von Schule und Beruf oder das mangelnde Wissen über die eigene Sexualität. „Jugendpolitik ist eine Querschnittsmaterie, von der viele Bereiche betroffen sind. Daher ist es Aufgabe des Jugendministers, die Maßnahmen in diesem Bereich zu bündeln“, betonten SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier und SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger. Bildung, Ausbildung, Beruf, Arbeitsmarkt, aber auch Familie, Freunde und Sexualität sind die zentralen Themen.



Das Wissen um die Sorgen unserer Jugendlichen bildet die Grundlage für verantwortungsvolle Jugendpolitik.

Vor allem im Bereich der Sexualität bestehen große Wissenslücken. 84 Prozent der Jugendlichen wünschen sich mehr Infor-

formation. „Wir müssen das als Aufforderung an die Politik verstehen und diesem Thema in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen“, so Binder-Maier. Um am Arbeitsmarkt bestehen zu können, bedarf es einer fundierten Ausbildung, deshalb ist der Bereich der Bildung auch einer, der besonders im Vordergrund stehen muss. „10,9 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 13 Prozent der 25- bis 34-Jährigen haben keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss“, erläuterte Lueger. Ein früherer Schulabbruch steigert das Risiko, über einen längeren Zeitraum hinweg arbeitslos zu sein, immens und erhöht somit auch die Armutsgefährdung der Betroffenen. ♦

SPORT

Special Olympics in Athen – Dabei sein ist alles

Diesen Sommer finden die 13. Special Olympics in Athen statt. Österreich ist mit 144 Sportlerinnen und Sportlern in 15 verschiedenen Sportarten vertreten.

SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung, Ulrike Königsberger-Ludwig und SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist wünschen den Sportlerinnen und Sportlern im Namen des SPÖ-Parlamentsklubs alles Gute und viel Erfolg für die bevorstehenden Wettbewerbe. „Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Special Olympics sind schon jetzt Gewinner. Wie die Olympischen Spiele, zeigen auch die Special Olympics, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Kulturen, unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Behinderungen friedlich und gemeinsam die olympische Idee weitertragen“, so Königsberger-Ludwig. ♦

picturedesk



Die Special Olympics haben neben der sportlichen auch eine gesellschaftspolitische Vorbildfunktion.

BILDUNG

Neues Berufsbild für qualitätsvolle Ganztagsbetreuung

Ab Herbst startet das neue Ausbildungsangebot für Freizeitpädagogen an den Pädagogischen Hochschulen.

Das bringt zusammen mit den 320 Millionen Euro für den Ausbau der ganztägigen Betreuung einen wichtigen Qualitätsschub an den Schulen“, so SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer zu dem Beschluss im Unterrichtsausschuss. In dem ab Herbst 2011 angebotenen berufsbegleitenden Lehrgang wird in zwei Semestern unter anderem der musisch-kreative und sportliche Bereich im Fokus des Lehrplans liegen. Mit diesem Gesetzespaket wird das von der Regierung bei der Klausur in Loipersdorf vereinbarte Programm, die Zahl für Ganztagsplätze zu verdoppeln, umgesetzt. ♦

Fotolia



Das neue Ausbildungsangebot garantiert eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung.

WAHLRECHT

„Lex Habsburg“: Sauberes Verhältnis zur Geschichte ist notwendig

Mitglieder der Familie Habsburg dürfen künftig für die Bundespräsidentschaft kandidieren – das hat der Nationalrat beschlossen. SPÖ-Klubobmann Josef Cap sieht darin einen „Akt der Normalisierung“, fordert aber einen korrekten Umgang mit der Geschichte.

Mit der Abschaffung der Bestimmung, dass Habsburger von der Kandidatur bei Bundespräsidentenwahlen ausgeschlossen sind, setzte der Nationalrat im Zuge der Wahlrechtsreform einen nicht unumstrittenen Schritt. Nach 90 Jahren sei dies aber eine „durchaus zeitgemäße“ Änderung, der sich auch die SPÖ nicht verschließen wollte, sagt Cap. Jedoch nicht ohne in aller Deutlichkeit hinzuzufügen, dass man dieses demokratische Recht nicht mit unkritischer Geschichtsbetrachtung oder gar Verklärung der Geschichte verwechseln dürfe. „Wir brauchen ein sauberes und präzises Verhältnis zur Geschichte. 500 Jahre sind die Habsburger auf die Butterseite der Geschichte gefallen, daher wird es auch in Zukunft Kritik geben, wo sie angebracht ist“, so der SPÖ-Klubobmann. Anlass für Kritik gab es bereits genug – so hat etwa Otto Habsburg 2007 öffentlich Verständnis für die

Ausschaltung des Parlaments und das Verbot von Parteien und Gewerkschaften geäußert.

Habsburgergesetze bleiben aufrecht

Von der Wahlrechtsnovelle unberührt bleibt der Artikel 10 des Staatsvertrags. Das bedeutet, dass es auch in Zukunft keinerlei vermögensrechtliche Ansprüche der Familie Habsburg gegen die Republik geben kann. Das entzogene Vermögen war eine symbolische Kompensation für die Tatsache, dass die Habsburger halb Europa in einen mörderischen Krieg geführt haben. Nachdem 1935 der austrofaschistische Ständestaat den Habsburgern völlig unge-



Rigaud

„Der sozialdemokratische Zugang zur Geschichte der Habsburger wird immer sehr präzise sein“, sagt SPÖ-Klubobmann Josef Cap.

rechtfertigt Vermögenswerte zuerkannt hat, wurde dies mit dem Staatsvertrag 1955 wieder korrigiert. Das ist und bleibt Stand in der Zweiten Republik. ♦

RECHTSEXTREMISMUS

FPÖ-Königshofer muss umgehend zurücktreten

FPÖ-Abgeordneter Werner Königshofer hat laut Handelsgericht zweifelsfrei eine Datei an die Neonazi-Homepage alpen-donau.info weitergegeben.



Das Handelsgericht bestätigt die Verbindung zwischen Königshofer und der Neonazi-Seite.

Dies ist ein neuerlicher Beweis für die Verbindungen zwischen der FPÖ und rechtsextremen Kreisen,

ärger sich die SPÖ-Abgeordnete Petra Bayer. Auf der Website alpen-donau.info wurde der Mord an Juden gutgeheißen, der Holocaust geleugnet, User deklarieren sich als „überzeugte Nationalsozialisten“, Politiker wurden bedroht und deren Namen und Privatadressen veröffentlicht. „Dass ein Abgeordneter des österreichischen Parlaments eine solche Neonazi-Website mit Material beliefert, ist ein Skandal ersten Ranges. Königshofers Rücktritt ist alternativlos“, so die SPÖ-Abgeordnete, die von FPÖ-Obmann Strache fordert, hier aktiv zu werden und Königshofer aus dem Klub auszuschließen. ♦

HINTERGRUND

Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Königshofer hatte eine vom Datenforensiker Uwe Sailer und dem Rechtsanwalt Georg Zanger codierte Mail (ein gescannter Zeitungsartikel) an die alpen-donau-Website weitergeleitet. Als dies aufgedeckt wurde, behauptete Königshofer, Uwe Sailer selbst hätte das Mail an die Neonazi-Site geschickt. Sailer hatte vertreten durch Anwalt Zanger auf Unterlassung dieser ehrenrührigen Behauptung geklagt. Das Handelsgericht urteilte nun, dass das Mail „zweifelsfrei“ von Königshofer stamme.

SWV

Mehr Fairness für Selbstständige



Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband kämpft unter dem Titel „Fairsicherung! Mehr Fairness für Selbstständige“ für eine bessere soziale Absicherung.

Stellen Sie sich vor: Eine Frau ist schwanger, sie steht vier Wochen vor der Geburt. Von Mutterschutz ist keine Rede, denn sie muss noch bis zum Geburtstermin arbeiten, andernfalls ist nämlich ihre Existenz gefährdet. Mit dieser Situation sind viele selbstständige Frauen in Österreich konfrontiert. „Frauen mit einem Ein-Perso-

verdienst der letzten drei Monate erhalten, bekommen selbstständige Mütter 26,26 Euro Wochengeld.

Mit einem Fünf-Punkte-Forderungsprogramm zieht der SWV am 30. Juni ins Wirtschaftsparlament:

- » Höheres Wochengeld im Mutterschutz
- » Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehalts, denn Selbstständige und Arbeitnehmer zahlen beide 7,65 Prozent ihres Einkommens in die Sozialversicherung.
- » Senkung der Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung auf ASVG-Niveau. ASVG-Mindestbeitragsgrundlage: monatlich 28 Euro. Selbstständige: monatlich 51 Euro.



sundheitsökonomen und -experten bestätigen, der Selbstbehalt erfülle nicht die gewünschte Steuerung, dass Menschen nicht unnötig zum Arzt gehen. Es verhält sich meist umgekehrt, die Patienten gehen viel zu spät zum Arzt, was dann zu höheren Folgekosten führt. Bei Ein-Personen-Unternehmen kommt dann noch dazu, dass Arbeitsunfähigkeit durch Unfall oder Krankheit an die Existenzbedrohung führt. Um entsprechend abgesichert



Bilderbox

Vor allem Kleinunternehmen haben es schwer. Der SWV fordert gleiche Beiträge und gleiche Leistungen bei der Krankenversicherung für alle.

nen-Unternehmen oder einem Kleinstbetrieb sind besonders betroffen. Regelmäßig arbeiten sie bis zum Geburtstermin und auch kurz danach wieder“, erklärt Christoph Matznetter, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes (SWV) und SPÖ-Wirtschaftssprecher. Gründe dafür sind die schlechte soziale Absicherung und der ökonomische Verlust. Wenn eine Frau mit einem Ein-Personen-Unternehmen in Mutterschutz geht, steht das gesamte Unternehmen, bei Kleinstbetrieben ist es ähnlich. Und: Während ASVG-Versicherte den Netto-

- » Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit für Ein-Personen-Unternehmen
- » Mehr Transparenz in der Sozialversicherungsanstalt: Die Versicherten wollen genau Auskunft darüber haben, was mit ihrem Geld passiert.

Der SWV-Präsident erläutert: „Selbstständige und Arbeitnehmer zahlen den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens in die Sozialversicherung ein. Doch Selbstständige werden beim Arzt noch einmal zur Kasse gebeten, um mindestens 20 Prozent der Kosten zu bezahlen.“ Ge-

„Österreich hat zwar eines der besten Sozialsysteme – doch Unternehmerinnen und Unternehmer sind nicht nur beim Mutterschutz, sondern auch bei Selbstbehalt und Krankengeld schlechter gestellt.“

SWV-Präsident Christoph Matznetter

zu sein, bedarf es einer Zusatzversicherung, die derzeit lediglich drei Prozent der Versicherten in Anspruch nehmen, denn die Einkommenssituation gestattet dies zumeist nicht:

- » 25 Prozent der Selbstständigen verdienen weniger als 3.725 Euro im Jahr – das sind ca. 310 Euro monatlich.
- » 50 Prozent verdienen weniger als 11.329 Euro im Jahr – das sind ca. 944 Euro monatlich.
- » 75 Prozent verdienen weniger als 27.017 Euro im Jahr – das sind ca. 2.251 Euro monatlich.

„Soziale Absicherung bedeutet für die Unternehmerinnen und Unternehmervon heute eine große finanzielle Herausforderung, weil die Rahmenbedingungen der Sozialversicherungsanstalt nicht mehr der Unternehmerstruktur entsprechen. Das muss sich schleunigst ändern, denn die Zahl der Selbstständigen steigt weiter“, so Matznetter. ♦

VORARLBERG

„Bürger sparen clever“



Drei Viertel der Vorarlberger Bevölkerung sind für eine schlankere Verwaltung. Das ergab eine Umfrage unter knapp 1.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern.

Fünf Wochen lang wurden die Vorarlberger unter dem Motto „Bürger sparen clever“ über ihre Vorschläge für eine verbesserte Gemeinde- und Landesverwaltung befragt. Das Ziel: Die Verwaltung nach Einsparmöglichkeiten zu durchforsten, damit Geld für notwendige Projekte zur Verfügung steht. Nun liegen die Ergebnisse der Befragung vor. Obwohl mit der Verwaltung insgesamt zufrieden, halten drei Viertel der Befragten eine Strukturreform für dringend notwendig und würden diese auch unterstützen. „Die Bürger wünschen sich einen schlankeren Verwaltungsapparat“, so Landesparteivorsitzender Michael Ritsch. Wesentliches Ziel

sollte dabei die Kostensenkung sein, sagen 47 Prozent der Befragten. 30 Prozent wünschen sich als Ergebnis einer Strukturreform mehr Bürgerorientierung und 18 Prozent eine insgesamt modernere Verwaltung.

Vorarlberger für Einsparungen

Als „Verschwendung“ auf Gemeindeebene betrachten 63 Prozent der Befragten bestimmte Subventionen, Förderungen und „Bürgermeisterprojekte“. Auf Landesebene werden insbesondere Kampagnen als zu teuer eingestuft. Der Tenor der Umfrage: Die Vorarlberger halten Einsparungen für notwendig und erstrebenswert. Wenn möglich, sollten diese aber nicht mit Qualitätseinbußen einhergehen. 19 Prozent können sich in diesem Zusammenhang auch Gemeindegemeinschaften vorstellen, um Verwaltungskosten zu senken. Den Vorschlag der SPÖ, aus den vier Verwal-

tungsbezirken Vorarlbergs zwei Verwaltungsregionen zu machen, halten 63 Prozent der Befragten für sinnvoll. Ritsch bewertet die Bilanz der „Bürger sparen clever“-Kampagne als „sehr positiv“. ♦



SPÖ Vbg.

Landesparteivorsitzender Michael Ritsch präsentierte vor kurzem die Ergebnisse der „Bürger sparen clever“-Umfrage. ♦

ASKÖ

Sicher fit mit 50plus



Die ASKÖ-Dialog-Tour bringt Tipps und Tricks zu gesunder Bewegung für die Generation 50plus.

„Mit unseren ASKÖ-Dialogen ‚Sicher fit mit 50plus‘ setzen wir auch heuer wieder einen äußerst wichtigen Themenschwerpunkt“, sagt ASKÖ-Präsident Peter Wittmann über die Gesundheits-Initiative, die gemeinsam mit der Plattform SOS-Körper durch alle Bundesländer tourt. Nach dem Grundsatz „Wer rechtzeitig vorsorgt, hat gewonnen“ können sich ältere Menschen bei verschiedensten Workshops viele einfache Tipps und Tricks zu Bewegungsübungen holen, die sie ohne viel Aufwand täglich durchführen können – damit Senioren länger fit und mobil bleiben und vor allem Spaß an Bewegung haben. Mehr zu den Veranstaltungen gibt's unter www.sicher-fit.at. ♦



ASKÖ

Spaß an der Bewegung bringt die ASKÖ-Initiative „Sicher fit mit 50plus“. ♦

ARBEITERFISCHER

Die Kunst des Fliegenfischens



Im Rahmen der Feiern zum 90-jährigen Bestehen des VÖAFV besuchte Bundespräsident Heinz Fischer den Fischereiverein Schwarza und übte sich in der Kunst des Fliegenfischens.



Bundespräsident Heinz Fischer beim Fliegenfischen in der Schwarza.

Arbeiterfischer

„Vor allem das Werfen mit der Fliegenrute hat mir viel Spaß gemacht“, sagte Bundespräsident und Naturfreund Heinz Fischer, der mit seiner nicht minder naturbegeisterten Gattin Margit der Einladung des Verbands der Österreichischen Arbeiter-Fischer-Vereine nach Niederösterreich an die Schwarza gefolgt war. In Gesellschaft u.a. von Verbandspräsident Günther Kräuter ließ sich Fischer die Verbands-Philosophie bezüglich Aufkommen und Arterhaltung erläutern und versuchte sich erfolgreich im Umgang mit der Fliegenrute. „Innerhalb kurzer Zeit gelangen ihm ein paar einwandfreie Würfe“, schilderte Kräuter. Das Staatsoberhaupt bedankte sich bei allen Beteiligten für „einen wunderschönen Tag in entspannter Atmosphäre“. ♦



ARBÖ

KOMMENTAR

Mobilität wird bunt

In Zukunft müssen wir bei der Mobilität mehr auf Natur und Umwelt schauen, Öffis und Radfahren attraktiver machen. Höhere Spritpreise sind aber der falsche Weg.

„Warum nicht mehr in den Zug steigen, wenn die Verbindungen passen? Intelligente Lösungen statt unsoziales Abkassieren – das ist der richtige Weg ins Jahr 2020.“

In den letzten 100 Jahren hat sich das Leben in den westlichen Industriestaaten wesentlich beschleunigt: Erst löste die dampfende Bahn die knarrenden Pferdekutschen ab, dann sorgten die Pferdestärken unter der Motorhaube für eine weitere Beschleunigung des Tempos. Genau in derselben Zeit haben sich Wohlstand und Lebensdauer der Menschen enorm gesteigert: Das durchschnittliche Lebensalter hat sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts in unseren Breitengraden verdoppelt. Damals wurden die Menschen im Schnitt nur 40 Jahre alt, jetzt bringen wir es auf 80. Kurz gesagt: Bewegung ist Leben, Mobilität macht unser Leben reicher. An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln, auch wenn wir zugeben müssen, dass wir – generell für uns industrialisierte Staaten gesprochen – in den letzten Jahrzehnten mit unserer Umwelt allzu sorglos umgegangen sind und oft vergessen haben, dass wir selbst ein Stück Natur sind. In Zukunft sollten wir uns wieder darauf besinnen, uns auf mehrere Arten zu bewegen, unsere Fortbewegungsmittel zu wechseln, ohne an Lebensqualität einzubüßen. Von der Industrie – allen voran von den Autobauern und Energieerzeugern – können wir uns zu Recht erwarten, dass sie uns noch viele umweltschonende Produkte anbieten. Hier sind enorme Einsparungen an CO₂-Emissionen zu



picturedesk

Bim, Auto und Rad: Die Zukunft der Mobilität liegt in einem breitgefächerten Mix aus verschiedenen Verkehrsmitteln.

erwarten, das 1-Liter-Auto aber ist keine Utopie mehr. Genauso müssen wir lernen, unseren eigenen Fahrstil zu optimieren – beim Autofahren sind 25 Prozent weniger Sprit locker drin. Wir müssen verstärkt auf Öffis umsteigen können – bequem und ohne horrende Zusatzkosten! Politiker müssen damit aufhören, alles über höhere (Sprit-) Preise steuern zu wollen: Denn das den Autofahrerinnen und Autofahrern aus der Tasche gezogene Geld geht in die falschen Hände und wird nicht in Alternativen investiert. Ohne solche artet jedes Drehen an der Preis- und Steuerschraube aber in Abkassieren bei jenen aus, die beim besten Willen nicht aus- oder umsteigen können.

Statt uns in die Idee zu vergaloppieren, dass eine einzige Technologie die ganze Welt

rettet, sollten wir erkennen, dass die Mobilität nur bunt sein kann: intelligenter Umgang mit fossiler Energie, echte Energie-Einsparung, Umstieg auf Alternativen, die durchdacht sein müssen, und Änderungen der Lebensgewohnheiten, die auf eine Entschleunigung der Zeit hinauslaufen. Warum nicht mehr mit dem Radl fahren, wenn es geht? Warum nicht mehr in den Zug steigen, wenn die Verbindungen passen? Intelligente Lösungen statt unsoziales Abkassieren – das ist der richtige Weg ins Jahr 2020. ♦

Mag^a Lydia Ninz wird mit 1. Juli 2011 ARBÖ-Generalsekretärin. Zuvor war sie Leiterin der ARBÖ-Pressabteilung und der Interessensvertretung.

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Das Interesse an den Zukunftsdiskursen zum Thema Bildung mit Ministerin Claudia Schmied war bisher immens groß. Zum Thema „Brauchen wir die neue Mittelschule?“ steht daher am Montag im niederösterreichischen Mistelbach eine weitere Diskussionsveranstaltung auf der Tagesordnung.

Dabei soll es vor allem um die Frage gehen, was das Ziel der Neuen Mittelschule ist. Im Bereich der Familienpolitik hat die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ministerin Gabi Heinisch-Hosek bereits ein Konzept entwickelt. In einer Veranstaltung in Wiener Neudorf werden Besuchsrecht und Obsorge

als Elemente einer modernen Familienpolitik diskutiert. Am Wichtigsten dabei ist die Antwort auf die Frage „Was ist gut fürs Kind?“. Das Papier der „Österreich“ 2020-Arbeitsgruppe zum Thema Familie steht für alle Interessierten auf der Homepage www.oe2020.at zur Verfügung. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 27. 6.

Projekt: „Favoritner Gesundheitstag“

Unter dem Motto „Young, free & healthy“ bietet das Projekt „Gesundes Favoriten“ Information und Beratung für Mädchen und Bur-schen an. Es können sich alle Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahre über verschiedensten Gesundheitsthemen beraten und informieren lassen. Außerdem warten zahl-reiche Schnupper-Stationen. In der Life Lounge der Wiener Gesundheitsförderung gibt es eine Autorennbahn, die durch Strampeln am Ergometer betrieben wird. Darüber hinaus präsentiert die Hotline für Essstörungen ihre Angebote und es gibt hilfreiche Tipps für die Zahngesundheit.

Beginn: 9 bis 12 Uhr

FH Campus Wien,

Favoritenstraße 226,
1100 Wien

Montag, 27. 6.

Diskussionsveranstaltung: „Brau- chen wir die Neue Mittelschule?“



Die überwältigende Mehrheit stellt der Neu-en Mittelschule ein hervorragendes Zeugnis aus. Nur, warum gibt es in Niederösterreich trotzdem noch so wenige? Was ist vor allem das Ziel der Neuen Mittelschule? Diese und andere Fragen können Sie mit Bildungsmini-sterin Claudia Schmied, LHStv. Sepp Leit-ner und Nationalrat Hubert Kuzdas persön-lich diskutieren.

Beginn: 19 Uhr

AK Mistelbach

Josef Dunkl Strasse 4, 2130 Mistelbach

Dienstag, 28. 6.

Dialog: „Landwirtschaft und Ernährungssicherheit – Wege zu einer kohärenten Politikstrategie“

Eines der Hauptziele des Vertrags von Lissa-bon sieht eine Stärkung der Kohärenz und Konsistenz der außenpolitischen Maßnah-men im Bereich Entwicklungszusammenar-beit vor. Politikkohärenz im Interesse der Ent-wicklung (PCD) wurde als eine rechtliche Vorgabe verankert. Dabei konzentriert sich die EU auf die vier Schwerpunkte zur Wirk-samkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Förderung eines breitenwirksamen Wachstums, ökologisch nachhaltige Entwicklung sowie Landwirtschaft und Ernährungssi-cherheit. Die Frage, inwieweit diese Ziele und Vorgaben im Bereich der Landwirtschaft und

Ernährungssicherheit verwirklicht sind und welche Aufgaben von der Politik noch zu er-füllen sind steht im Zentrum der Diskussi-onsveranstaltung.

Beginn: 10.00 Uhr

**Abgeordnetensprechzimmer
des Parlamentes**

Dr. Karl Renner Ring 3, 1010 Wien

Freitag, 1. 7.

Podiumsdiskussion: „CO2/Klimaschutz & Industrie- politik – funktioniert das?“

Nach der Wirtschaftskrise empfinden die heimischen Industriebetriebe die Initiativen der Europäischen Union in Sachen Kli-maschutz und CO2 als eine weitere Bedro-hung ihrer Existenz. Gerade in Österreich wird seit Jahren in Umweltschutzmaßnah-men investiert. Das Ergebnis sind ver-gleichsweise „grüne“ Industrien, die sich zu-sätzlich am CO2-Zertifikatshandel beteiligen müssen. Eine weitere CO2-Reduktion wie z.B. die kolportierten minus 25 Prozent se-hen diese Unternehmen als Anschlag, dem die Abwanderung der CO2-intensiven Pro-duktion aus der EU folgen könnte. Alleine für die voestalpine könnten damit bis zu 6.000 Arbeitsplätze zur Disposition stehen. Anders betrachtet, muss jedoch auch die Umwelt weiter und effektiver geschützt werden. Die-ses Spannungsfeld muss zu tragbaren Lö-sungen anstelle von Konfrontation führen. Diskutiert wird mit Bundeskanzler Werner Faymann, voestalpine-Generaldirektor Wolf-gang Eder und den beiden EU-Abgeordne-ten Othmar Karas und Jörg Leichtfried.

Beginn: 15 Uhr

Design-Center

Europaplatz 1, 4020 Linz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas

Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,

Sabine Pitterle, Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia

Schönecker, Michael Sifkovits, Andreas Strobl,

Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: Fotolia

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.badegewaesser.ages.at

Qualitäts-Info zu unseren Badeseen

Ab sofort stehen die Daten über die Qualität österreichischer Badegewässer online zur Verfügung. Unter www.badegewaesser.ages.at können je-derzeit umfassende Informationen über Was-serqualität, Sichttiefe und Temperatur eines Badesees abgerufen werden. Auch Flüsse, die zum Baden genutzt werden, wie die Alte Donau, sind in der Datenbank enthalten. Ab-rufbar sind Fotos, Qualitätsdaten sowie ein

detailliertes Gewässerprofil mit Hinter-grundinfos. Gemessen wird die ganze Bade-saison hindurch an 268 Badestellen, ab 2012 werden wesentliche Angaben zur Wasser-qualität auch in Ufernähe ausgehängt. „Österreich ist ein Land, das schon früh be-gonnen hat, seine Wasserqualität zu verbes-sern und ist EU-weit Vorreiter beim Wasser-schutz“, unterstreicht Gesundheitsminister Alois Stöger. ◆



picturedesk



Bunte Parade

Mehr als 100.000 Menschen setzten bei der Regenbogenparade am Wiener Ring ein buntes Zeichen gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und Transgender-Personen. Unterstützung gab's dabei von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sowie Peter Traschkowitz und Manfred Lang von der SoHo.



Steirische Eiche

In die ehemalige Heimat zog es Ex-US-Gouverneur und Umwelt-Vorkämpfer Arnold Schwarzenegger. In einem Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann ging es vor allem um erneuerbare Energien und Umweltschutz.

Tschechischer Besuch

Und auch der neugewählte Chef der tschechischen Sozialdemokraten Bohuslav Sobotka stattete Werner Faymann einen Besuch ab. Das Treffen stellte den Auftakt zu einer intensiven Zusammenarbeit der beiden Schwesterparteien dar. Gemeinsam will man beispielsweise für die Finanztransaktionssteuer kämpfen.

